



Ist eine Frau rechts der Mitte für Linke ein Störfall?

Grüne und SP beklagen mangelnde Frauenförderung der Bürgerlichen - diese erwidern, ihren Vertreterinnen würden Topämter von links verwehrt. Karin Keller-Sutter, Albert Rösti, Regula Rytz und Cédric Wermuth im Streitgespräch.

**Claudia Blumer und
Raphaëla Birrer, Interview
Franziska Rothenbühler, Fotos**

Frau Keller-Sutter, Ihre politische Karriere könnte schon bald mit einem Sitz im Bundesrat gekrönt werden. Haben Sie sich je anders behandelt gefühlt, weil Sie eine Frau sind?

Karin Keller-Sutter: Ja, sicher. Frauen werden in der Politik genauer beobachtet. Ich wurde mit 36 Jahren Regierungsrätin. Hätte ich meine Leistung nicht erbracht, wäre das von der Öffentlichkeit nicht akzeptiert worden. Wenn eine Frau in einer Spitzenposition Fehler macht, dauert es nicht lange, bis an ihrem Sitz gerüttelt wird. Von meinen Regierungsratskollegen und Departementsmitarbeitern habe ich mich aber als Frau nie anders behandelt gefühlt.

Und Sie, Frau Rytz?

Regula Rytz: Ich kann das bestätigen. Frauen werden stärker beobachtet, sie müssen sich härter durchsetzen als Männer. Allerdings politisiere ich bei den Grünen in einem ganz anderen Klima als Frau Keller-Sutter. Wir sind Pionierinnen, wenn es um die Gleichstellung von Mann und Frau geht. So hatten wir zum Beispiel als erste Partei eine Präsidentin, und fast alle Parteiämter werden geschlechterparitätisch besetzt. Rund die Hälfte unserer Vertreter in Regierungen und Parlamenten sind Frauen.

Frau Keller-Sutter, Sie haben 2010 für den Bundesrat kandidiert. Hat es nicht geklappt, weil Sie eine Frau sind?

Keller-Sutter: Nein. Jede Bundesratswahl hat ihr Narrativ, ihr Drehbuch. Und entweder ist man als Hauptdarstellerin dafür geeignet oder nicht. Bei der Bundesratswahl 2010 wollte man einen Unternehmer, deshalb wurde Johann Schneider-Ammann gewählt. 2015 sollte die SVP einen zweiten Sitz erhalten, diesmal ging es um den Tessiner Anspruch.

Sie wären aber die fünfte Frau im Bundesrat gewesen - eine

historische Premiere. Hatte das keinen Einfluss auf Ihre Chancen?

Keller-Sutter: Das wäre nur vorübergehend gewesen, man wusste ja bereits, dass Micheline Calmy-Rey bald zurücktreten würde.

Rytz: Stimmt, die Frauenmehrheit war nach wenigen Monaten Geschichte. Frauen haben in der Schweiz ja einen enormen Rückstand. Wir waren die letzte moderne Demokratie, die das Stimm- und Wahlrecht für Frauen eingeführt hat. Bis 1988 das neue Eherecht in Kraft trat, war der Mann per Gesetz Oberhaupt der Familie und Frauen für den Haushalt zuständig. Sie mussten die Erlaubnis ihres Mannes einholen, wenn sie einen Kühlschrank kaufen wollten. Diese Prägung spürt man bis heute, auch in der starken Untervertretung der Frauen in Politik und Wirtschaft. Unsere Gesellschaft hat das noch nicht überwunden.

Warum sind die Ansprüche an Politikerinnen höher als an Politiker?

Cédric Wermuth: Das ist ein Symptom unserer patriarchalen, sexistischen Gesellschaft. Nehmen wir die Bürgerzuschriften meiner SP-Kolleginnen: Was die sich alles an sexualisierter Gewalt anhören müssen! Das geht weit über das hinaus, was ich je an Drohungen erhalten habe. Bei den aktuellen Bundesratswahlen wurde ständig Isabelle Morets Privatleben thematisiert. Als Alleinerziehende könne sie nicht Bundesrätin werden. Das hätte man bei einem Mann nicht gesagt. Schon den Mädchen wird eingetrichtert, dass sie einen Makel hätten, weniger gut seien als Männer und überdurchschnittliche Leistungen erbringen müssten. Das wirkt sich bis zur Nomination von Bundesratskandidatinnen aus. An diesen Geschlechterbildern müssen wir arbeiten.

Albert Rösti: Als Generalsekretär bei der damaligen Berner Regierungsrätin Elisabeth Zölch habe ich selbst erlebt, dass Politikerinnen teilweise anders behandelt werden. Als sie eine Aktion zur Dezimierung von Krähen lancierte, erhielt sie Zuschriften mit üblen Beschimpfungen, die auf sie als Frau abzielten. Ein Mann hätte nicht solche Post erhalten.

Aber in der Partei behandeln wir Frauen nicht anders als Männer. Wir fördern sie genauso.

Trotzdem sind Frauen in der SVP-Fraktion im Bundeshaus eine Minderheit von 17 Prozent.

Rösti: Frauenförderung muss an der Basis beginnen. Das ist für uns als Partei in einem konservativen Milieu herausfordernd; viele Frauen sind anders geprägt. In unserem politischen System ist die Ochsentour üblich. Man engagiert sich auf Gemeindeebene und wird später vielleicht ins eidgenössische Parlament gewählt. Deshalb müssen wir schauen, dass Frauen in den Gemeindeämtern vertreten sind - eine anspruchsvolle Aufgabe.

Rytz: Aber genau die SVP ist doch verantwortlich dafür, dass die Schweiz immer noch so konservativ und patriarchal ist. Sie hat das moderne Eherecht bekämpft, weil sie keine gleichberechtigten Partnerschaften wollte. Die Parteien müssten besorgt darum sein, 50 Prozent der Listenplätze bei Wahlen an Frauen zu vergeben. Doch das ist schwierig, weil Frauen in Familie und Beruf doppelt belastet sind und den Grossteil der unbezahlten Familienarbeit leisten. Solange diese Arbeit nicht besser verteilt wird, kann ihr Rückstand in der Politik kaum aufgeholt werden.

Rösti: Diesen Vorwurf gebe ich zurück! Eine Frau ist für euch nur dann gut, wenn sie eurem Bild entspricht. Wenn sie arbeitet und die Kinder fremdbetreuen lässt. Deshalb habt ihr 2013 auch die SVP-Familieninitiative nicht unterstützt, die innerfamiliäre Kinderbetreuung steuerlich abzugsfähig gemacht

«Schon rechts stehende Männer haben es schwer. Aber eine bürgerliche Frau - das ist doppelt suspekt!»

Karin Keller-Sutter, FDP-Ständerätin

hätte. Ich stamme aus einer traditionellen Bauernfamilie, bei uns zu Hause war



die Mutter der Chef, der Vater führte den Betrieb. Mit Ihren Aussagen werten Sie Familien ab, die ein konservatives Modell leben - und von denen gibt es in der Schweiz viele.

Wermuth: Ich bewege mich nicht in Ihren finanziellen Sphären, Herr Röstli, Menschen mit normalen Einkommen, auch meiner Familie, bringen Steuerabzüge nichts. Genau das Gegenteil ist doch der Fall: Heute wird das konservative Familienmodell bevorteilt. Partner, die sich Erwerbs- und Familienarbeit teilen wollen, haben es viel schwieriger.

Keller-Sutter: Die gesellschaftliche Entwicklung soll für die Gleichstellung sorgen, nicht der Gesetzgeber. So war etwa das neue Ehegesetz nur ein Nachvollzug der bereits gelebten Realität. Man hat der Gesellschaft nicht ein Gesetz übergestülpt, sondern der Mann war im Alltag bereits nicht mehr das Familienoberhaupt, als das Gesetz geändert wurde. Ich wehre mich gegen die Bewertung von Lebensentwürfen. Es ist nicht besser oder schlechter, wenn eine Familie sich dafür entscheidet, dass die Frau zu Hause bleibt.

Herr Röstli, schafft die SVP das politische Klima, das den Frauen eine Karriere erschwert, wie es Ihnen die Linke vorwirft?

Röstli: Nein. Wir haben bereits vor 17 Jahren Rita Fuhrer als Bundesrätin portiert. Sie ist eine der ausgewiesenen Politikerinnen des Landes und eine moderne Frau. Doch die Linken wollten sie nicht. Bei der Kandidatur von Isabelle Moret war die Frauenfrage wochenlang ein Thema - dabei war ja eine Frau auf dem Ticket! In unserer Fraktion haben sie einige gewählt. Aber die SP hat Moret wie eine heisse Kartoffel fallen lassen. Es ist nicht das erste Mal, dass diese Partei bestens qualifizierte bürgerliche Kandidatinnen nicht gewählt hat. Es ist verlogen, wenn die Linke uns Frauenfeindlichkeit vorwirft.

Die SP hat bereits mehrere bürgerliche Frauen nicht gewählt. Ihre Partei ist genauso eine Frauenverhinderin, Herr Wermuth.

Wermuth: Im Gegenteil: Dass wir in der Schweiz in Parlamenten und Regierun-

gen überhaupt einen namhaften Frauenanteil haben, ist ausschliesslich der Linken zu verdanken. Wir haben eine paritätische Vertretung in Bundesrat und Fraktion, 13 von 28 SP-Regierungsräten sind Frauen. Bei der FDP sind nur 8 von 40 Regierungsräten weiblich. Die bürgerlichen Parteien haben seit dem Frauenstimmrecht nichts dafür getan, diese Quote zu erhöhen. Es stimmt aber: Auch bei der SP mussten die Frauen um ihren Platz kämpfen - und das müssen sie auch heute noch oft.

Wenn die SP die Gleichstellung so ernst nimmt, warum wählt sie dann Frauen wie Isabelle Moret nicht?

Wermuth: Moret wurde tatsächlich fallen gelassen wie eine heisse Kartoffel - aber nicht von uns, sondern von der FDP. Bereits am Tag des Rücktritts von Didier Burkhalter hat die Präsidentin der FDP-Frauen eine Frauenkandidatur öffentlich abgeschossen. Doris Fiala sagte, es sei jetzt nicht die Zeit dafür. Danach wurde Moret systematisch mit Indiskretionen aus ihrer Fraktion diskreditiert und als «Bäbi» abgewertet. Die FDP-Führung hat sich die Frechheit erlaubt, kein einziges Mal einzugreifen in diese sexistische Schlammschlacht. Ich stehe dazu, dass ich wie ein Grossteil der

«Es ist nicht das erste Mal, dass die SP eine bestens qualifizierte bürgerliche Frau nicht gewählt hat.»

Albert Röstli, SVP-Präsident

Fraktion Pierre Maudet gewählt habe. Er ist ein saubererer Etatist.

Röstli: Damit liefern Sie den Beweis gleich selbst: Die SP will keine bürgerlichen Frauen! Wenigstens sind Sie jetzt ehrlich.

Wermuth: Das stimmt nicht. Es ist eure Sache, einen eurer zwei Sitze mit einer Frau zu besetzen. Dafür braucht es reine Frauentickets, das zeigt die Erfahrung. Was ihr jetzt macht, ist scheinheilig.

Warum braucht es zwei Frauen auf dem Ticket, damit eine gewählt

wird?

Wermuth: Ich will entscheiden können, wer kompetenter ist und mir politisch näher steht, und nicht auswählen müssen zwischen Mann und Frau. Die FDP benutzte Moret als Alibi, um die Wahl von Ignazio Cassis zu sichern. Ein kluger Schachzug, denn die Linke wurde so gespalten - ausgerechnet von den Bürgerlichen, die Jahrzehnte nichts für die Frauenfrage getan haben! Die einzige SVPlerin, die das Parlament je gewählt hat, Eveline Widmer-Schlumpf, habt ihr, Albert Röstli, aus der Partei ausgeschlossen, weil sie einen alten Patriarchen ersetzte.

Eine linkere Gesinnung ist für die SP also wichtiger als die Frauenfrage?

Keller-Sutter: Ich habe den Eindruck, bürgerlich zu sein, ist für gewisse linke Kreise nicht nachvollziehbar. Und eine Frau rechts der Mitte ist erst recht ein Störfall!

Wermuth: Die FDP hat ein massives Frauenproblem - und daran sollen die Linken schuld sein?

«In der Berner Regierung ist ein Sitz für einen Jurassier reserviert. Niemand bezeichnet ihn als Quotenmann.»

Regula Rytz, Präsidentin Grüne

Keller-Sutter: Schon rechts stehende Männer haben es schwer. Steuern senken, weniger Staat: Für Linke ist das schlimm. Aber eine Frau mit bürgerlicher Einstellung - das ist doppelt suspekt! Ihr unterstützt damit indirekt das Rollenbild, das ihr kritisiert: Eine Frau hat empathisch, sensibel und sozial zu sein. Wir müssen akzeptieren, dass Frauen ebenso unterschiedliche Werethaltungen, Begabungen und Charakterzüge haben wie Männer. Wenn wir das schaffen, haben wir Chancengleichheit.

Rytz: Es stimmt nicht, dass die bürgerlichen Frauen ein Störfall sind - im Gegenteil. Vielfalt ist der Kern der Demokratie. Historisch gesehen, haben linke und bürgerliche Frauen immer eng zusammengearbeitet und für Verbesse-



Tages-Anzeiger
8021 Zürich
044/ 248 44 11
www.tagesanzeiger.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 157'323
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Seite: 2
Fläche: 246'285 mm²

Auftrag: 3007101
Themen-Nr.: 999.222

Referenz: 66878487
Ausschnitt Seite: 3/5

rungen wie die Mutterschaftsversicherung gekämpft. Ich wünschte mir, dass diese Bündnisse wieder funktionieren.

Ein neues Frauenbündnis wie damals beim Mutterschutz: Wie könnte es das Frauenproblem in politischen Gremien lösen?

Rytz: Eine Lösung sehe ich im Vorschlag, den die grüne Nationalrätin Maya Graf macht: Sie fordert keine fixe Quote für den Bundesrat, sondern eine angemessene Vertretung der Geschlechter. Dies soll in der Bundesverfassung ergänzt werden. Es geht nicht um irgendeine Minderheit, sondern um die Hälfte der Bevölkerung.

Rösti: Ich bin gegen eine Verfassungsänderung. Eine angemessene Frauenvertretung im Bundesrat ist selbstverständlich...

Rytz: (lacht)

Rösti: Du lachst jetzt, Regula. Aber ich schlage als Bundesratskandidatin Magdalena Martullo-Blocher vor. Und bin von linker Seite tatsächlich gefragt worden, ob ich das ernst meine! Das ist doch der Beweis, dass die Linken keine bürgerlichen Frauen im Bundesrat wollen. Es gibt kaum eine ausgewiesene Unternehmerin in diesem Land. Wir haben heute weniger Bundesrätinnen, weil es auch weniger Frauen im Parlament gibt. Das wird sich in den nächsten Jahren ändern.

Das Ziel lässt sich also auch ohne Massnahmen erreichen?

Rösti: Mit einer Quote schaffen wir uns ein Korsett: Wir müssten auch Frauen portieren, selbst wenn keine verfügbar oder willens wären. Die SP, die so viele bürgerliche Frauen verhindert hat, fordert jetzt scheinheilig eine Quote. Die Partei hat ein echtes Problem mit diesem Thema. Einer der Gründe, warum bei diesem Gespräch Kollege Wermuth dabei ist, sind die Absagen der Parteispitze: Präsident Christian Levrat und Fraktionschef Roger Nordmann wollten sich der Diskussion nicht stellen. Es ist nicht der richtige Zeitpunkt für die SP, anderen Vorwürfe zu machen...

Wermuth: Die SP hat 50 Prozent Frauenanteil in der Fraktion, die SVP 17. Wir sind eine der wenigen Parteien, in der

die klassischen politischen Männerdomänen wie Wirtschaft und Finanzen fest in Frauenhand sind. Mit Susanne Leutenegger Oberholzer und Margret Kiener Nellen präsidieren zwei SP-Frauen die Wirtschafts- und die Finanzkommission.

Rösti: Aber die SP verhindert reihenweise Bundesrätinnen.

Wermuth: Die Geschlechterfrage ist nur dann überwunden, wenn man sie nicht zum Auswahlkriterium macht. Ich hätte mir deshalb eine Frauen-Doppelkandidatur gewünscht, wie es die SP seit 25 Jahren macht. Und deshalb braucht es eine Quote oder einen Zusatz in der

«Die FDP wusste, dass Laura Sadis durchkommen würde, und hat sie deshalb verhindert.»

Cédric Wermuth, SP-Nationalrat.

Bundesverfassung. Dann erwarte ich, dass in nächster Zeit nur noch Frauen auf die Tickets kommen.

Rösti: Damit bestätigst du deinen eigenen Vorwurf an die FDP. Du sagst, Moret sei weniger gut gewesen als ihre männlichen Mitbewerber.

Wermuth: Ich habe zweimal Maudet gewählt, weil er mich am meisten überzeugt hat. Unsere Fraktion war gespalten, die einen wählten ihn, die anderen Moret, einige Cassis. Ich hätte gern Laura Sadis gehabt. Die FDP wusste, dass sie durchkommen würde, und hat sie deshalb verhindert.

Rösti: Du hättest Sadis gewählt, weil sie linker ist, gut besser, oder?

Wermuth: Beides.

Die Frauendachorganisation Alliance F will, dass die Parteien mit zwei Bundesratssitzen einen immer an eine Frau vergeben. Was halten Sie davon?

Keller-Sutter: Das ist ein falscher Ansatz. Genauso wie der Begriff Frauenförderung. Er stört mich extrem, denn er ist defizitorientiert - als würden es Frauen aus eigener Kraft nicht schaffen. Ich spreche lieber von Chancengleichheit. Ich bin auch gegen eine Verfas-

sungsbestimmung zur Frauenfrage. Der Gesetzgeber, oder auch das Volk, soll nur bei einer länger dauernden Fehlentwicklung oder einem Missstand eingreifen. Wir haben jetzt zwei Bundesrätinnen. Es ist absehbar, dass es bis zur nächsten Legislatur Veränderungen geben wird. Da sind jetzt die Parteien und die Bundesversammlung gefordert.

Rytz: Sicher gibt es einen Missstand! Unser Vorschlag ist vernünftig, weil er typisch schweizerisch ist: Wir haben Quoten in Bezug auf Sprachen und Regionen im Bundesrat und auch andernorts. In der Berner Regierung ist ein Sitz für einen Jurassier reserviert. Niemand bezeichnet diesen Mann als Quotenmann. Nur bei den Frauen ist das ein Thema.

Keller-Sutter: Die Geschlechtervertretung ist für mich aus staatspolitischen Gründen nicht vergleichbar mit der Vertretung der Sprachen und Regionen. Unsere Willensnation halten die Institutionen zusammen, der Föderalismus, das gemeinsame Staatsverständnis. Unser Ziel war Freiheit; wir kamen zusammen, weil wir frei sein wollten. Es gibt gute Gründe, weshalb die Sprachen und Regionen, aber nicht die Geschlechter genannt werden.

Wermuth: Als wir 1848 im Bundesstaat zusammenkamen, weil wir frei sein wollten, waren Sie als Frau aber explizit nicht gemeint.

Keller-Sutter: Ich war damals noch gar nicht auf der Welt (lacht). Trotzdem sollten Frauen angemessen im Bundesrat vertreten sein. Sie tragen viel Verantwortung in Politik, Familie und Wirtschaft. Deshalb muss auch die Macht geteilt werden.

Und wie kann die Macht zwischen den Geschlechtern geteilt werden?

Keller-Sutter: Indem sich möglichst viele Frauen zur Verfügung stellen. Die wichtigste Voraussetzung dafür ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Man muss diese Frage partnerschaftlich klären, aber es braucht auch gewisse Rahmenbedingungen. Wenn es da Lösungen gibt, werden viel mehr Frauen in Positionen vorstossen, die Voraussetzung sind für noch höhere Stufen auf der Karriereleiter - in Politik wie Wirtschaft.



Tages-Anzeiger
8021 Zürich
044/ 248 44 11
www.tagesanzeiger.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 157'323
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Seite: 2
Fläche: 246'285 mm²

Auftrag: 3007101
Themen-Nr.: 999.222

Referenz: 66878487
Ausschnitt Seite: 4/5

Nur: Die Rahmenbedingungen fehlen - und deshalb fehlen auch die Frauen in Toppositionen.

Zu den Personen

Debatte zur Gleichstellung

Karin Keller-Sutter (FDP)

Die St. Gallerin politisiert seit 2011 für die FDP im Ständerat. Zuvor war sie 12 Jahre Regierungsrätin. Sie stand dem Sicherheits- und Justizdepartement vor. Keller-Sutter kandidierte 2010 für den Bundesrat. An ihrer Stelle wurde Johann Schneider-Ammann gewählt. Die 54-Jährige hat nun beste Chancen, die nächste Bundesrätin zu werden: Sie hat Exekutiverfahrung und vereint den Anspruch der Ostschweiz und der Frauen.

Albert Rösti (SVP)

Der 50-jährige Berner ist Präsident der SVP Schweiz und sitzt seit 2011 im Nationalrat. Seine Fraktion ist mit 74 Sitzen die grösste im Bundeshaus; 13 Frauen gehören ihr an (17 Prozent). Die SVP hat zwei Bundesrats-sitze zu vergeben. Sie hatte mit Eveline Widmer-Schlumpf von 2007 bis 2008 kurzzeitig eine weibliche Bundesrätin, ehe sie die Bündnerin aus der Partei ausschloss. Rösti lehnt Quoten und andere gesetzliche Bestimmungen zur Erhöhung des Frauenanteils in Politik und Wirtschaft ab.

Regula Rytz (Grüne)

Die Bernerin ist Präsidentin der Grünen Schweiz und seit 2011 im Nationalrat. Zuvor war die 55-Jährige acht Jahre Tiefbau- und Verkehrsdirektorin der Stadt Bern. Ihre Partei hat bei der aktuellen Bundesratswahl als einzige zur Wahl von Isabelle Moret aufgerufen und will nun per Vorstoss eine «angemessene» Vertretung der Geschlechter im Bundesrat in die Verfassung schreiben.

Cédric Wermuth (SP)

Der Aargauer wurde 2011 mit 25 Jahren für die SP in den Nationalrat gewählt. In seiner Fraktion besetzen Frauen 28 der 55 Sitze (50 Prozent). Der frühere Juso-Präsident setzt sich als Vertreter der jungen Generation für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein. Er plädiert für gesetzliche Frauenquoten in Politik und Wirtschaft. (rbi)

Keller-Sutter: Klar, das spielt eine Rolle. Zudem erschweren Männernetzwerke vielen Frauen den Aufstieg. Das ist keine böse Absicht, aber häufig kennen sie gar keine geeigneten Kandidatinnen. Doch Frauen können es auch allein schaffen. Ich bin zum Beispiel Verwaltungsrätin in einer börsenkotierten Gesellschaft. Gefragt war meine Führungserfahrung als ehemalige Regierungsrätin. Frauen haben dann eine Chance, wenn sie sich spezialisieren oder Führungserfahrung sammeln.

Der Bundesrat will eine Frauenquote für die Wirtschaft. Wäre das ein möglicher Weg?

Rytz: Viele Institutionen wie etwa Hochschulen kennen solche Regelungen. Sie haben sich bewährt. Mit Blackrock sagt selbst der grösste Vermögensverwalter der Welt, dass es nirgends so wenig Frauen in Führungsgremien gibt wie in der Schweiz. Wir brauchen einen Modernisierungsschub, sonst kommen wir nicht schnell genug vorwärts.

Rösti: So muss es doch laufen: Blackrock erkennt das Problem und handelt. Für eine bessere Diversität in den Firmen muss nicht die Politik sorgen. Zum Teil braucht es noch Sensibilisierung. Wir ermuntern jetzt bei den Wahlen in den Kantonen Frauen zu Kandidaturen.

Wermuth: Frauen werden politisch und ökonomisch zur Minderheit gemacht. Das kann nur durchbrochen werden, wenn Gesetzgeber und Wirtschaft sich als Teil der Gesellschaft verstehen und diese positiv verändern wollen.

Keller-Sutter: Während meiner zwölf Regierungsjahre habe ich mich bei meinem Mann praktisch abgemeldet. Eine Führungsfunktion bedeutet auch private Entbehrung. Umso wichtiger ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Ich glaube an die Macht des Faktischen: 50 Prozent der Studierenden sind heute Frauen. Und demografiebedingt werden wir künftig mehr Fachkräfte brauchen. Spätestens dann werden Frauen gefragt sein.



Könnte die nächste bürgerliche Bundesrätin werden: Karin Keller-Sutter.



Lehnt Frauenquoten ab: Albert Rösti.



Tages-Anzeiger
8021 Zürich
044/ 248 44 11
www.tagesanzeiger.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 157'323
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Seite: 2
Fläche: 246'285 mm²

Auftrag: 3007101
Themen-Nr.: 999.222

Referenz: 66878487
Ausschnitt Seite: 5/5



Plädiert für eine Verfassungsänderung: Regula Rytz.



Setzt sich für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein: Cédric Werth.